

***Es gilt das gesprochene Wort!***

Mitglieder in Regierung und Parlament,  
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der DG,

die Europäische Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenland.  
Wie so vieles was von der EU kommt –  
So muss man sich auch kritisch mit diesem Dokument auseinandersetzen.  
Denn manchmal wird dem Bürgern ein guter Grundgedanke suggeriert.  
Aber das Resultat sieht meist ganz anders aus, und hat gravierende Folgen.

Die Herstellung eines gemeinsamen Marktes sollte auch den freien  
Dienstleistungsverkehr mit sich bringen.  
Dies war jedoch nicht so einfach, da die meisten Länder ihren eigenen Markt  
schützen wollten und es zahlreiche unterschiedliche Bestimmungen und Gesetze  
gab. Und man hatte Angst vor einem ruinösen Unterbietungswettlauf.  
Hier griff nun die EU ein.  
Anfang 2004 kam der vieldiskutierte Vorschlag des ehemaligen EU-Binnenmarkt-  
Kommissars Frits Bolkestein auf den Plan.  
Es sollte u.a. das Herkunftslandprinzip gelten.  
Unternehmen z.B. aus osteuropäischen Ländern, wo viel geringe Sozial-Standards  
gelten, hätten so völlig frei in allen anderen Ländern ihre Arbeit zu weit aus  
günstigeren Tarifen anbieten können.

Gegen diesen Vorschlag wurde massiv protestiert. Es gab europaweite  
Demonstrationen, und dies zu Recht.  
Jeder der sich diese Richtlinie in der ursprünglichen Fassung anschaut, ob  
Unternehmer oder Arbeiter, kann eigentlich nur mit dem Kopf schütteln.  
Und so beschloss die Mehrheit von EVP und SPE im EU-Parlament schließlich am  
16. Februar 2006 ein in letzter Minute zwischen diesen beiden Fraktionen zustande  
gekommenes Kompromisspaket. Und offiziell hieß es immer, nun ist es gut und  
gerecht für jeden, wir haben das Schlimmste verhindert.

Sozialisten und Christdemokraten lobten sich gegenseitig für die Rechte der Arbeiter  
eingesprungen zu sein.  
Aber was geschah genau.  
Ja, die ursprüngliche Richtlinie wurde abgeändert.  
Ja, somit war ein heißes Eisen aus dem Feuer.  
Und die gemäßigten Gewerkschaften beruhigten sich, und man atmete auf.  
Interessant sind hierzu einige Bemerkungen, von Vertretern der  
Europäischen Volkspartei, ein Verbund von Christdemokraten und Konservativen aus  
der EU, wozu auch die CSP gehört und auch Jean Claude Juncker.  
So wird von den führenden Verhandlern der EVP bestätigt, dass das  
Herkunftslandsprinzip trotz der Entfernung des Begriffs erhalten blieb.  
Der Verhandlungsführer der EVP, der britische Konservative  
Harbour, erklärte nach der Abstimmung im EU-Parlament wörtlich:

Dok. 216 Zusammenarbeitsabkommen

„Das Herkunftslandsprinzip ist Teil des europäischen Rechts. Es ist weiterhin gültig. Die Arbeit der EVP-ED-Fraktion ... ebnete den Weg für dieses Resultat“. Ebenso erklärte der österreichische ÖVP-Abgeordnete Karas, der gleichfalls an den Verhandlungen beteiligt war, dass: „der Begriff Herkunftslandprinzip nicht mehr verwendet wird, aber das Grundprinzip bleibt.“

Kritisiert wird weiterhin auch die Einschränkung der Kontrollmöglichkeiten des Arbeitslandes zur Durchsetzung seiner Mindeststandards. Nach wie vor kritisieren Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter diese Richtlinie, weil sie zu viele Schlupflöcher offen lässt.

Meine Damen und Herren,  
aber was ist mit den hiesigen Unternehmen und Arbeitsplätzen, sollten wir diese nicht zu aller erst schützen vor Lohndumping aus Ländern mit völlig anderen Sozialstandards? Ich möchte Ihnen mal ein Beispiel hier aus Eupen aufzeigen. Nehmen wir die PPP Schulbauprojekte. Hierzu hat man auch eine EU Ausschreibung machen müssen. In erster Linie hat dies nicht nur mit dieser Richtlinie zu tun, es sind noch andere Elemente welche da eine Rolle spielen. Aber die Prozedur der Ausschreibung hat mit diversen EU Vorschriften zu tun.

Vielleicht erinnern sie sich noch an einen Redebeitrag aus meiner Haushaltsrede vom Dez. 2010. Damals hatte ich angesprochen, dass es bei solch einem Großbauprojekt, dazu führen wird das hiesige Kleinunternehmer und Handwerker keine Aufträge erhalten werden. Kleinere Betriebe haben einfach nicht die Kapazität für solche Riesenprojekte. Wenn man dieses Projekt jedoch aufgeteilt hätte, hätte man zahlreichen hiesigen Betrieben die Möglichkeit gegeben sich hieran zu beteiligen.

Ich sprach dies damals an und sagte, „Ich bin mal gespannt von wo die Bagger denn kommen, wenn gebaut wird.“ Als dann gebaut wurde, war es klar, es war kein Konjunkturpaket für hiesige Handwerker. Ein Großteil der Arbeiten wurde durch Großunternehmer durchgeführt, welche wieder Subunternehmer beschäftigt hatten. Und wie man von der Bevölkerung aus hören konnte, sprach man auf den meisten Baustellen weder deutsch, französisch noch flämisch.

Jeder weiß Vivant ist eine tolerante und offene Bewegung, und wir lieben die Vielfalt der Kulturen: Aber wenn hierzulande die Arbeitslosigkeit steigt, und solch ein Großbauprojekt durchgeführt wird, dann muss die Politik dafür sorgen, dass ein Großteil der Arbeiten an belgische Unternehmer geht. Die Steuergelder für solche Projekte werden ja auch in Belgien erwirtschaftet. Herr Paasch hatte auch damals darauf reagiert, und auf die diversen EU Vorschriften bezüglich öffentlicher Ausschreibungen hingewiesen.

Dok. 216 Zusammenarbeitsabkommen

Ja, meine Damen und Herren, das hat man sich dann eingebrockt, mit dem bedingungslosen abnicken von allen EU Vorschriften und Richtlinien. Aber man nickt diese ja nicht nur bedingungslos ab, ja die EU wird immer und von allen Vertretern der klassischen Politik verteidigt, ja sogar gelobt. Und wenn denn einer mal etwas Kritisches gegen die EU sagt, und Fakten aufzählt oder unredliche Maßnahmen beschreibt, dann versucht man diese Person zu diskreditieren.

Und wenn man keine Argumente mehr findet, dann geht man sogar soweit, wie es Herr Paasch in der letzten Haushaltsdebatte getan hat, und sagt, wir wären eine Gefahr für die Demokratie in Europa.

Lächerlicher geht´s nicht mehr.

Und auch hier, seine Rhetorik war schon mal treffender denn er meinte eigentlich, wir sind eine Gefahr für diesen EU Klüngel, und nicht für die Demokratie.

Denn wer steht hinter solchen Richtlinien, dass sind die Interessen der Großkonzerne und der Industrie.

Diese wollen keinen kleinen Betriebe und Handwerker, alles muss von oben herunter bestimmt und kontrolliert werden.

Das ist ihre EU, und hierzu sagen wir nein.

Meine Damen und Herren,

Wir fordern mehr Bürgerrechte.

Wir fordern mehr Freiheiten und weniger Kontrollen.

Wir sind für Volksbefragungen!

Uns als Gefahr für die Demokratie in Europa zu bezeichnen, deutet bereits von der misslichen Lage in welche sich diese Leute befinden.

Im französischen sagt man „N'importe quoi !“

Auch hier hat Herr Paasch wieder einmal eine Aussage getätigt, welcher dem Amt des Unterrichtsministers nicht würdig ist.

Meine Damen und Herren,

Jean Claude Juncker hat einmal gesagt, und dies passt sehr schön zu dieser Richtlinie.

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert.

Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Nachzulesen im Spiegel 52 von 1999.

(Der SPIEGEL 52/1999) und

Und zur Eurokrise bemerkte der gute Mann:

"Wenn es ernst wird, muss man lügen" (Aussage zur Eurokrise).

Ich frage Sie: Kann man solchen Menschen trauen?

Und diese Leute wolle die EU führen.

Dok. 216 Zusammenarbeitsabkommen

Ein Satz noch zur PFF, den angeblich Liberalen, obwohl ihre Politik nichts mit dem eigentlichen Begriff liberal zu tun hat.

Sie sprechen ja immer davon, dass Sie die Selbständigen und mittelständischen Unternehmen unterstützen wollen, ja Sie organisieren sogar entsprechende Veranstaltungen.

Aber genau das Gegenteil ist der Fall.

Durch all ihre Zustimmungen in den letzten Jahren, zu den verschiedenen EU Richtlinien, Bestimmungen und Verträgen, haben Sie den selbständigen und den kleinen und mittelständigen Unternehmen in Belgien nur geschadet.

Welche sich durch immer neue EU Vorschriften durchbeißen müssen, und mit immer mehr unredlichen und überflüssigen Normen und Kontrollen zu kämpfen haben.

Genauso scheinheilig sind natürlich auch die Sozialisten, welche dem Arbeiter und den Angestellten suggerieren sie würden ihm helfen, und seine Rechte verteidigen. Durch solche Richtlinien wird der Druck nicht nur auf die Unternehmer sondern auch auf die Arbeiter erhöht.

Meine Damen und Herren,  
diese EU - ist eine Gefahr für den Bürger Europas.  
Und zu dieser EU sagen wir nein.

Es ist Zeit aufzuwachen und zu handeln.

Wir werden gegen dieses Dekret stimmen.

**Michael Balter – Vivant-Fraktion im PDG – 06.05.2014**